

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	V
<i>Literaturverzeichnis</i>	XIII
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XV

Erster Teil: Anleitung zur Fallbearbeitung

A. Vorbemerkung	1
I. Bedeutung der drei Teile des Buches	1
1. Allgemeine Zielsetzung	1
2. Zielsetzung des ersten Teils	1
3. Zielsetzung des zweiten Teils	2
4. Zielsetzung des dritten Teils	2
II. Arbeitsanleitung für Leser und Leserinnen	2
1. Arbeitsanleitung für den ersten Teil	2
2. Arbeitsanleitung für den zweiten Teil	3
3. Arbeitsanleitung für den dritten Teil	4
B. Anfertigung eines Gutachtens	5
I. Wesen des Gutachtens	5
1. Praxisbedeutung	5
2. Inhalt des Gutachtens	5
3. Form des Gutachtens	6
4. Besonderheiten in Klausur und Hausarbeit	7
II. Methodik der gutachtlichen Fallbearbeitung	7
1. Erfassen der Aufgabe	8
2. Hintasten zur Lösung	9
a. Der Syllogismus als Lösungsansatz	10
b. Verwendung von Schemata	14
c. Alternativlösungen – Hilfsgutachten	15
3. Planung der Darstellung	16
4. Niederschrift	17
C. Aufarbeitung verwaltungsrechtlicher Fragestellungen (Aufbauschemata)	20
I. Anwendungsbereich der Schemata	20
II. Rechtmäßigkeitsprüfung künftiger belastender Eingriffe (Eingriffsschema I)	21
1. Vorüberlegungen	21
a. Suche nach vernünftiger Lösung	21
b. Rechtsform	23
	VII

Inhaltsverzeichnis

c. Ermächtigungsgrundlage	23
2. Vorgeschaltete (vorrangige) formelle Rechtsmäßigkeitsvoraussetzungen	25
a. Sachliche, örtliche, Instanzielle und funktionelle Zuständigkeit der Behörde oder des Behördenorgans	25
b. Ausgeschlossene Personen, Befangenheit	25
c. Anhörungspflichten	26
d. Antragserfordernis und Sachbescheidungsinteresse	26
e. Fristen	26
3. Materielle Voraussetzungen	27
a. Eingriffsgrundlage (Ermächtigungsgrundlage)	27
b. Adressat	32
c. Ermessensausübung	33
d. Inhaltliche Bestimmtheit	35
4. Nachgeschaltete (nachrangige) formelle Rechtsmäßigkeitsvoraussetzungen	36
a. Mitwirkung anderer Stellen	36
b. Anhörungspflichten	36
c. Fristen	37
d. Form	37
e. Begründung	38
f. Rechtsbehelfsbelehrung	38
g. Bekanntgabe der Maßnahme	38
5. Prüfschema für die Rechtmäßigkeit einer geplanten Eingriffsmaßnahme der Verwaltung (Eingriffsschema I)	39
III. Rechtmäßigkeitsprüfung bereits erfolgter Eingriffe (Eingriffsschema II)	40
1. Vorüberlegungen	40
2. Formelle Voraussetzungen	41
3. Materielle Voraussetzungen	41
4. Prüfungsschema bei bereits erfolgten Eingriffen (Eingriffsschema II)	41
IV. Rechtmäßigkeitsprüfung einer bevorstehenden staatlichen Leistung zugunsten des Bürgers (Leistungsschema I)	42
1. Vorüberlegungen	42
a. Inhalt der Leistung	42
b. Rechtsform	43
c. Rechtsgrundlage	45
d. Anspruch auf Leistung	45
2. Vorgeschaltete formelle Rechtsmäßigkeitsvoraussetzungen ..	46
a. Sachliche, örtliche, instanzielle und funktionelle Zuständigkeit	46
b. Ausgeschlossene Personen, Befangenheit	46
c. Anhörungspflichten	46
d. Antragserfordernis und Sachbescheidungsinteresse	46
e. Fristen	47
3. Materielle Voraussetzungen	47
a. Rechtsgrundlage/Anspruchsgrundlage	47
b. Adressat/Leistungsempfänger	53
c. Ermessensausübung	53
d. Inhaltliche Bestimmtheit	54
e. Leistungsverbote und Einwendungen Dritter	54

4.	Nachgeschaltete formelle Voraussetzungen	55
a.	Mitwirkung des Begünstigten und anderer Stellen	55
b.	Anhörung, Begründung	55
c.	Fristen	56
d.	Formvorschriften	56
e.	Rechtsbehelfsbelehrung	56
f.	Bekanntgabe der Maßnahme	57
5.	Prüfungsschema zur Vorbereitung von Leistungen (Leistungsschema I)	57
V.	Rechtmäßigkeitsprüfung einer bereits erbrachten Leistung (Leistungsschema II)	58
VI.	Gültigkeitskontrolle einer untergesetzlichen Rechtsvorschrift	59
1.	Fehlerfolge	59
2.	Rechtmäßigkeit der Ermächtigungsgrundlage	60
a.	Erfordernis der Rechtsgrundlage	60
b.	Formelle Vorgaben	60
c.	Materielle Vorgaben	61
3.	Formelle Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen für die Rechtsverordnung bzw. Satzung selbst	62
a.	Prüfungsmaßstab	62
b.	Formelle Vorgaben aus Rechtsverordnungen und Satzungen	62
c.	Formelle Vorgaben aus förmlichen Gesetzen	63
d.	Formelle Vorgaben aus der Verfassung	63
e.	Heilung	63
4.	Materielle Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen für die Rechtsverordnung bzw. Satzung selbst	64
a.	Prüfungsmaßstab	64
b.	Materielle Vorgaben aus Satzungen und Rechtsverordnungen	64
c.	Materielle Vorgaben aus förmlichen Gesetzen	64
d.	Materielle Vorgaben aus der Verfassung	64
e.	Heilung	65
5.	Normprüfungsschema	65
VII.	Erfolgsprüfung bei Rechtsbehelfen (Prozessschemata)	65
1.	Anwendungsbereich der Schemata	65
2.	Erfolgsprüfung bei Widersprüchen	66
3.	Erfolgsprüfung bei verwaltungsgerichtlichen Klagen (einschließlich Normenkontrollverfahren nach § 47 VwGO) ..	66
D.	Das Anfertigen von Bescheiden	68
I.	Der Begriff und die Arten des Bescheids	68
1.	Bescheid im engen Sinn, d. h. Verwaltungsakt	68
2.	Bescheid im weiten Sinn, d. h. nicht nur Verwaltungsakte ..	68
II.	Der Begriff der Bescheidtechnik	70
III.	Die Beherrschung der Bescheidtechnik als Anforderung an Verwaltungspraktikerinnen und -praktiker	71
IV.	Kritische Anmerkungen zur Verwaltungspraxis	73
1.	Kurze Auswahl von Beispielen aus der Verwaltungspraxis ..	73

Inhaltsverzeichnis

2. Bescheide in Verwaltungspraxis oft weder extrem schlecht, noch besonders gut	74
V. Die Vorüberlegungen vor Erlass eines Bescheides	76
1. Unter Umständen ist kein Bescheid die beste Lösung	76
2. Nicht untätig bleiben	76
3. Der Weg zum Endergebnis „Bescheid“	77
a. Sachverhaltsermittlung	77
b. Gutachten zur Rechtslage	78
c. Entscheidung	79
VI. Die Umsetzung der Vorüberlegungen in einen Bescheid im engeren Sinn (Verwaltungsakt)	84
1. Der Aufbau eines Bescheids im engeren Sinn	84
2. Hinweise zum Aufbau von Bescheiden	86
a. Einleitung	86
b. Höflichkeitsformeln auch bei förmlichen Bescheiden und in E-Mails	87
c. Bedauern	87
d. Tenor	87
e. Nebenentscheidungen	88
f. Umfangreiche Entscheidungsformel	88
g. Bestimmtheit des Tenors	88
h. Verständlichkeit des Tenors aus sich heraus	89
i. Sorgfältiges Formulieren der Gründe	89
j. Anordnung der sofortigen Vollziehung	93
k. Androhung von Zwangsmitteln	93
l. Kostenentscheidung	94
m. Beratende Hinweise	95
n. Ihre Rechte – Rechtsbehelfsbelehrung	96
o. Grußformel, Unterschrift, Amtsbezeichnung	96
p. Geschäftsgangvermerke	97
q. Faxen/elektronische Versendung	98
r. Interne Vermerke	99
3. Inhaltliche Anforderungen an Bescheide	99
4. Angemessenes Eingehen auf den Bürger	99
a. Behördenschriften enthalten mehr als Sachinformationen	99
b. Ratschläge zur Adressatenorientierung	102
5. Die Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechnik als Mittel zur größeren Bürgernähe ..	104
6. Was können Sie zur besseren Verständlichkeit beitragen? ..	104
a. Auf welche „Verständlichmacher“ sollten Sie achten?	104
b. Wann ist ein Text optimal verständlich?	104
c. Wie lässt sich Einfachheit erreichen?	105
d. Wie lässt sich Gliederung und Ordnung erreichen?	106
e. Wie lassen sich Kürze und Prägnanz erreichen?	107
f. Wie lassen sich anregende Texte erreichen?	108
g. Lesefreundliche Textgestaltung	111
h. Textoptimierung und inhaltliche Schwerverständlichkeit. .	111
7. Überzeugen	111
a. Was heißt „ein Bescheid überzeugt“?	111
b. Ist es Aufgabe von Behörden, Bürger zu überzeugen?	111
c. Will die Verwaltung überzeugen?	112

d. Woran können Überzeugungsversuche scheitern?	113
e. Was fördert Überzeugungsprozesse?	113
VII. Rationelle Textverarbeitung und Qualitätsmanagement für Bescheide	115
1. Pflicht zur rationalen Arbeit	115
2. PC-Einsatz, Internet, Intranet und verstärkte E-Mail-Nutzung	116
3. Wirtschaftlichkeitsüberlegungen	118
4. Empfehlungen zur persönlichen Arbeitstechnik	118
a. Checkliste Nutzung von PCs	118
b. Qualitätsmanagement, -kontrolle und -sicherung und Bescheidtechnik	119
E. Literaturhinweise	121
I. Zeitschriften (mit Fallteil)	121
II. Bücher, Artikel, Internet	122

Zweiter Teil: Fälle und Lösungen zur Methode des Gutachtens

Fall 1: „Genehmigung einer Werbeanlage“	123
(Bauordnungsrecht, Subsumtionsverfahren)	
Fall 2: „Die Benutzung der Sporthalle“	127
(Kommunalrecht, Abgrenzung öffentliches Recht – privates Recht, Bedeutung der Abgrenzung, Begriff des Verwaltungsakts, Bedeutung des Verwaltungsakts, Subsumtionsverfahren)	
Fall 3: „Der verschuldete Bäcker“	131
(Gewerberecht, Vorbehalt des Gesetzes, Abgrenzung Spezialgesetz/Gewerbeordnung, Verfahren, unbestimmte Rechtsbegriffe, Ermessen, Eingriffsschema)	
Fall 4: „Die Sperrzeitverkürzung“	136
(Gewerberecht, Anspruch des Bürgers, Vorrang des Gesetzes, Ermessen, Leistungsschema)	
Fall 5: „Birkenfall“	142
(Naturschutzrecht, förmliche und formlose Rechtsbehelfe, Zulässigkeitsvoraussetzungen, subjektives Recht – Rechtsreflex, Verbandsklagerecht)	
Fall 6: „Erstattung von Sozialhilfeleistungen“	148
(Sozialhilferecht, Rücknahme nach SGB X, Zuständigkeit für die Rücknahme bestandskräftiger Verwaltungsakte, Widerspruchsverfahren nach §§ 78 ff. SGG, Ordnungsgemäße Rechtsbehelfsbelehrung, Unbeachtlichkeit von Formfehlern)	
Fall 7: „Die Ausnahmegenehmigung“	159
(Straßenverkehrsrecht, Fehlerhafter Verwaltungsakt, Ermessen, Nebenbestimmung, Rücknahme und Widerruf, Verwaltungsvollstreckung)	
Fall 8: „Der Kinderspielplatz“	166
(Baurecht, Widerspruchsverfahren, Begriff des Verwaltungsakts,	

Inhaltsverzeichnis

	Zustellung, Fristen, Klagearten, gerichtliche Sachentscheidungs- voraussetzungen)	
Fall 9:	„Die Gaststättenplage“ (Gaststättenrecht/Polizeirecht, Zuständigkeit, Störer, Ermessen, Nebenbestimmungen, Auswechseln der Ermächtigungsgrundlage, Unmöglichkeit, subjektives Recht)	177
Fall 10:	„Der Notanbau“ (Staatsprüfungsklausur) (Baurecht, Rücknahme eines Verwaltungsakts, Widerspruchsverfahren, aufschiebende Wirkung, § 80 Abs. 5 VwGO)	187

Dritter Teil: Fälle und Lösungen zur Methodik der Bescheidfertigung

Fall 11:	„Die Wiedererteilung einer Fahrerlaubnis“ (Straßenverkehrsrecht, Erstbescheid, schriftlicher Verwaltungsakt, Auslegung, Subsumtion, Kostenentscheidung, Rechtsbehelfsbelehrung, Begleitverfügung)	195
Fall 12:	„Die Gaststättennachbarn“ (Gaststättenrecht, Bescheidtechnik bei Erstbescheiden, Anordnung einer Auflage, Ermessen, Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, Bestimmtheit, Unmöglichkeitsverbot)	201
Fall 13:	„Die Versetzung“ (Öffentliches Dienstrecht, Zweitbescheid, Bestandskraft, Wiederaufgreifen des Verfahrens, Rücknahme, Widerruf)	212
Fall 14:	„Die Ausweisung“ (Ausländerrecht, Erstbescheid, Anordnung der sofortigen Vollziehung, Ermessen, Zuständigkeit, Abschiebungsandrohung)	219
Fall 15:	„Der Bedenkenerlass“ (Straßenverkehrsrecht, Bedenkenerlass an Widersprechenden, Anordnung einer nervenfachärztlichen Untersuchung, Begriff des Verwaltungsakts, Verfahrenshandlungsfähigkeit, Vertreter von Amts wegen, Widerspruchsverfahren)	234
Fall 16:	„Die Ausräumungsaktion“ (Verwaltungsvollstreckungsrecht, Vorlagebericht an Widerspruchsbehörde, Leistungsbescheid, Bevollmächtigung im Widerspruchsverfahren, Fristen, Vollstreckungsverfahren)	241
Fall 17:	„Das Bienenhaus“ (Baurecht, Widerspruchsbescheid, Ermessen, Anhörung, Zusage)	251
Fall 18:	„Abschleppfall“ (Kosten der Abschleppmaßnahme, Verhältnismäßigkeit, Vollstreckungsrecht, Abgrenzung Ersatzvornahme – unmittelbare Ausführung – unmittelbarer Zwang, sofortige Vollziehbarkeit des Leistungsbescheids, Rechtsbehelfsbelehrung, Ausnahmen von der Anhörungspflicht, Widerspruch gegen einen bereits erledigten Verwaltungsakt)	263
	Stichwortverzeichnis	273